

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 3 (1977)
Heft: 10

Artikel: Frauen gemeinsam...
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358706>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zeitung der Frauen für die Sache der Frau

Emanzipation 4057 Basel, Hammerstr. 133
Herausgeber: Organisation für die SACHE der FRAUEN Nr. 10
Redaktion: Kathrin Bohren, Druck: ropres
10 Nummern im Jahr, 3 mal mit Magazin
Im Abo. 9.50 Fr., einzeln -50 Dez. 1977

Emanzipation

Frauen gemeinsam...

(est.) Die Lancierung der Mutterschaftsversicherungs-Initiative ist von der OFRA an ihrem Gründungskongress beschlossen worden — das war im März 1977. Heute — Dezember 1977 — hatte die OFRA zu einer zweiten Koordinationsitzung der Organisationen, die an einer Mitlancierung interessiert sind, eingeladen. Das Spektrum der anwesenden Frauenorganisationen war sehr breit. Anwesend waren: Bund Schweiz, Frauenorganisationen (BSF), SP Frauenkommission, Frauenkommission des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, der Schweiz, Frauenrechtsverband, die Frauenkommission der POCH, die FBB, die Frauen des Christl. nationalen Gewerkschaftsbundes, die Europ. Frauenunion, der SFFF (Schweiz. Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt), die Frauenkommission der PdA Basel, der Kaufmännische Verein, die Kommission der FDP "Frau und Politik", die RML, Gewerkschaftsfrauen des Tessin, sowie der Verband d. Öffentlichen Dienste (VPOD) Genf. Die Aufzählung aller Organisationen mag vielleicht nicht für alle interessant sein. Es scheint mir jedoch ausserordentlich wichtig für alle unsere Leserinnen und Leser, insbesondere natürlich für

die Mitglieder der OFRA, dass sie wissen, was mit der Initiative der OFRA geht. Vergleichen wir die Situation vom März 77 mit heute, so müssen wir feststellen, dass zwar sehr viele Frauenorganisationen positiv auf unsere Vernehmlassung reagiert haben, dass aber die Situation für das Zustandekommen der Initiative nicht einfacher geworden ist. In der Zwischenzeit hat das Schweizer Stimmvolk den Abbau der Volksrechte nicht verhindern können. Heute müssen wir 100'000 Unterschriften innerhalb von 18 Monaten sammeln. Dies bedeutet eine sehr grosse Anstrengung.

Breite Unterstützung

Alle anwesenden Frauenorganisationen an der Koordinationsitzung haben ihr grosses Interesse an der Initiative bekundet. Aber das heisst noch lange nicht, dass alle Organisationen bereits beschlossen haben, die Initiative mitzulancieren. Diejenigen Stimmen von Seiten der SP, der Gewerkschaften und auch der CVP, die ein Vorgehen auf dem Gesetzsweg im Nationalrat befürworten sind nicht zu überhören. Das Ausspielen von Ein-

zelvorstössen im Nationalrat, die gewisse Verbesserungen innerhalb der heutigen Regelung fordern (z.B. die Motion von Frau J. Meier, CVP, die einen Schwangerschaftsurlaub von 16 Wochen fordert) gegen die Mutterschaftsinitiative, die eine umfassende Verbesserung des Mutterschutzes bringt, unterhöheln die Initiative.

Inhaltliche Differenzen

Ausser den Differenzen über das Vorgehen — Gesetzesebene oder Initiative — bestehen auch noch inhaltliche Differenzen. Die FdP-Arbeitsgruppe verlangt z.B. in ihrem Vorschlag die Finanzierung der Kosten über Beiträge der Versicherten (also der Frauen). Im OFRA-Vorschlag ist die Kostendeckung jedoch über Lohnprozente der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (also auch der Männer) vorgesehen. Dieses Solidaritätsprinzip zwischen Männern und Frauen, verheirateten und ledigen, scheint uns ein Grundprinzip der Initiative, das nicht aufgegeben werden darf. Mutterschaft soll endlich von der ganzen Gesellschaft anerkannt und getragen werden. Beiträge des Bundes und der Kantone sind im Vorschlag der FDP wie auch im OFRA-Vorschlag vorgesehen.



Zur Mutterschaftsversicherungs-Initiative der OFRA: Siehe nebenstehenden Artikel

Differenzen bestehen weiterhin in der Frage des Elternurlaubes (1 Jahr). Soll er bezahlt werden oder nicht? Während an der ersten Sitzung die Stimmen für die Bezahlung noch heftiger waren, scheint sich heute ein vertretbarer Kompromiss abzuzeichnen: Entweder wird die Formulierung so gewählt, dass die Bezahlung offen bleibt: "Der Bund kann auf dem Wege der Gesetzgebung während der Dauer des Elternurlaubs die volle oder teilweise Lohnzahlung und für nicht Erwerbstätige die Taggeldzahlung vorschreiben" (Vorschlag der SP-Frauen) oder eine teilweise Zah-

lung vorschreibt, wie die Gewerkschaftsfrauen ihren Vorschlag formuliert haben: "Der Elternurlaub soll keine unzumutbare Lohneinbusse zur Folge haben."

Verzögerungen

In der Lancierung der Initiative wird es zu weiteren Verzögerungen kommen. Dies ist bedauerlich, weil wir wissen wie langsam die Schweizer Demokratie-Mühlen mahlen und wie

Fortsetzung auf S. 2

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH:

Referendum bringt Fristenlösung nicht näher

Was wir bei der Ankündigung des Referendums gegen die "Soziale Indikation" befürchtet haben, ist geschehen: Die Einheit der Fristenlösungs-Befürworter ist gespalten. Die einen konzentrieren ihre Kräfte darauf, dieses Gesetz zu Fall zu bringen, die anderen — unter ihnen die OFRA — sind der Meinung, dass es jetzt unsere Aufgabe ist, Druck aufzusetzen, damit das neue Gesetz liberal gehandhabt wird, und damit die juristische Anerkennung, dass es auch soziale Gründe für eine Abtreibung geben kann, auch in die Praxis umgesetzt wird.

(K.B.) Mehr als erstaunt war ich, als ich kürzlich gefragt wurde: "Unterscheiden Sie auch das Referendum; es ist für die Fristenlösung?" Natürlich zähle ich zu den Befürworterinnen der Fristenlösung und natürlich finde ich das Gesetz über die "Soziale Indikation" auch schlecht, denn es wird niemals verhindern, dass weiterhin tausende von Frauen illegal abtreiben. Trotzdem unterschreibe ich das Referendum nicht und bin auch verärgert darüber, dass mit einer solchen falschen Frage dafür gesammelt wird.

Ein JA zum Referendum führt führt in die Sackgasse

Wer das Referendum unterschreibt, hat damit keineswegs dem Willen zur Fristenlösung Nachdruck verliehen. Er unterschreibt ja lediglich, dass er gegen das neue Gesetz, das eine soziale Indikation zulässt, ist. Seine Gründe für diese Ablehnung kann er nicht ausdrücken und ein Durchkommen des Referendums — das heisst eine Verwerfung des neuen Gesetzes in einer Volksabstimmung — bringt die Fristenlösung nicht näher. Nehmen wir einmal an, das Volk werfe bei der durch das Referendum erzwungenen Abstimmung das neue Gesetz! Dann ständen wir wieder vor dem status quo. Wir hätten null und nichts für die Frauen gewonnen. Was danach kommt, ist ungewiss. Diese Situation als die beste Voraussetzung für eine Durchsetzung der Fristenlösung anzupreisen, ist zu kurzschlüssig gedacht. Sie wird nämlich auch den Streitern für härtere Strafen ein offenes Feld lassen. Das Argument, man müsse einmal "alles zerspre-

gen", um dann "neu anzufangen", ist wirr und unklar. Die Frage, welcher Weg aus einem solchen Null-Entscheid herausführen könnte, bleibt unbeantwortet. Nehmen wir aber an, in der zu erwartenden Abstimmung würde das neue Gesetz angenommen! Das bedeutet doch nichts anderes, als dass wir danach auf Jahre hinaus auf diesem unbefriedigenden Gesetz behaftet bleiben. Während jetzt das Gesetz mit der sozialen Indikation als Kompromissvorschlag, den niemand recht verteidigen mag, dasteht und somit Chancen für Abänderungen hat, würde ein "Ja" des Volkes dazu diese unbefriedigende Lösung zementieren. Danach dann neue Wege für eine Liberalisierung zu finden, scheint für lange Zeit recht aussichtslos zu sein. Das Referendum will also in einem allzu frühen Zeitpunkt eine Entscheidung erzwingen, die es so gar nicht erzwingen kann. Das Referendum stellt notgedrungen die Frage falsch, weil es nur einen Entscheid für oder gegen die soziale Indikation verlangen kann, der so oder so in eine Sackgasse führt, und weil es keine bessere Lösung anbieten kann. Nach wie vor denke ich, dass die Arbeit und der Druck der Frauen und aller fortschrittlichen Organisationen entscheidend dafür ist, wie die "Soziale Indikation" gehandhabt wird. Da reicht ein wenig guter Wille aber nicht

aus. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass wir eine möglichst weitgehende Kontrolle über die Ärzte, Gutachter und Beratungsstellen bekommen und wir müssen darum besorgt sein, dass die liberalen Kantone nicht zurückbuchstabieren und sich als Wegbereiter für die Durchsetzung einer Entkriminalisierung der Abtreibung verstehen. Wie beim Frauenstimmrecht müssen wir uns auf einen langen Kampf gefasst machen.

Das gibt zu denken

Zu einem überraschenden Ergebnis ist eine Untersuchung gekommen, die an der Universität Bern über die Stimmverhältnisse am vergangenen 25. September gemacht wurde: Mehr Frauen als Männer haben die Fristenlösung abgelehnt. 57% der Nein-Stimmen kamen von Frauen, während 53% der Ja-Stimmen von Männern eingelegt wurden.

Gleichzeitig aber stellt die Untersuchung fest, dass die Frauen, die nicht zur Urne gingen, zum grössten Teil Befürworterinnen der Fristenlösung waren. D.h. vor allem Gegnerinnen der Fristenlösung gingen abstimmen, während die Befürworterinnen zu Hause blieben. Die schamlose und verlogene Gegenpropaganda, die mit Abfalleimer, Blut und zerstückelten Embrios aufrückte, um den Frauen klar zu machen, dass sie fürs Selbst-Entscheiden nicht mündig genug seien, hat gewirkt. In diese Propaganda hat im übrigen die CARITAS 200'000 Fr. investiert, die katholische Kirche des Kantons Zürich 155'000 Fr. etc.. Aber auch dass die Frauen erst seit kurzem ihre politischen Rechte wahrnehmen können, wirkt nach. Immer noch sind allzu viele Frauen davon überzeugt, ihre Stimme, ihre Meinung zähle nicht. Man hat uns zu lange daran gewöhnt, dass über uns entschieden wird.

Schweiz, Sozialarchiv
 4. Periode
 Emanzipation
 Neumarkt 24
 Hammerstrasse 133, 4057 Basel
 April 1978
 Basel

Feminismus / Lesbianismus

Leserinnen-Brief

(Vgl. Artikel im Magazin "Frauen" Nr. 3)

"Allerdings möchten wir, genauso wie wir die Zudringlichkeit eines Mannes, der uns nicht interessiert, ablehnen, auch die Zudringlichkeit einer lesbischen Frau abweisen können, ohne uns den Vorwurf, wir seien frauen feindlich, einzuhandeln."

Dieser Satz hat mich als Lesbe mobilisiert. Was musst Du für eine Vorstellung von Lesben haben, wenn Du uns im gleichen Atemzug wie die Männer nennst. Hast Du schon von einer Frau gehört, die eine andere Frau vergewaltigt hat? Ich glaube auch Du gehörst zu den Menschen, die von gewissen Vorstellungen über Homosexualität geprägt sind.

"Sie müssen um Selbstwert und Anerkennung ringen. Sie stehen unter dem Zwang, sich und den anderen beweisen zu müssen, dass sie normal sind."

Dieser obengenannte Satz kann nur von einer sogenannten "Normalen" stammen. Selbstwert und Anerkennung, dafür arbeitet jeder Mensch. Ich glaube, Du stehst unter dem Zwang, Homosexuelle als Normale akzeptieren zu müssen. Keine Lesbe in der Frauenbewegung versucht anderen zu beweisen, dass sie auch "Normal" ist. Im Gegenteil, ich finde manche Hetero-Frau versucht in einer Art und Weise die Vorurteile gegen die Lesben die sie einfach nicht überwinden kann, mit einer überschwenglichen-übertriebenen Freundlichkeit zu überspielen. So kommt mir auch Dein Artikel vor: ich habe nichts gegen Lesben aber...

Rosemarie und Ursula

Anmerkungen der Autorin

Liebe Rosemarie und Ursula, selbstverständlich bin ich geprägt von

"gewissen Vorstellungen über Homosexualität". Welche Vorstellungen aber meint Ihr? Meiner Meinung nach bin ich von der herrschenden Vorstellung geprägt. Dies zu leugnen wäre dumm, das Gegenteil zu behaupten ist eine Plattitüde. Mein Versuch besteht darin, dass ich versuche von diesen herrschenden Vorstellungen wegzukommen. Ich versuche ein nüchternes Verhältnis zur Homosexualität zu bekommen, nicht wie ihr meint durch übertriebene, überschwängliche Freundlichkeit.

Ich greife euch in einzelnen Punkten an; nämlich überall dort, wo Lesben die Behauptung aufstellen: "Feminismus ist die Theorie, Lesbianismus die Praxis" und den Anspruch stellen, dass sie "potentiell den Kern der Frauenbewegung" (aus: Lesbenfront) bilden. "Keine Lesbe in der Frauenbewegung versucht anderen zu beweisen, dass auch sie "Normal" ist", schreibt ihr. In Lesbierinnenkreisen

wird es tatsächlich neuerdings verpönt, sich als "lesbisch, aber normal" darzustellen. Solche Versuche werden als "Anbiederungsversuche" oder "Rechtfertigungsansprüche" abgetan. Meiner Meinung nach ist das aber genau die wesentlichste Aufgabe, die ihr zu lösen habt. Mit ihrer Ablehnung ist sie nicht gelöst. Objektiv setzt euch doch die heterosexuelle Gesellschaft als "abnormal" (bitte unterschreibt mir nicht, dass ich damit einverstanden bin). Homosexualität ist eine natürliche Erscheinung, eine gültige Form der sexuellen Beziehung, wenn auch einer Minderheit. Ihr müsst doch in der Öffentlichkeit darum kämpfen, dass diese Tatsache akzeptiert wird! Um Selbstwert und Anerkennung ringen alle, das ist wahr. Aber es haben es nicht alle gleich schwer, um ans Ziel zu kommen. Die Gesellschaft setzt durch die herrschende Meinung objektive Barrieren, die nur solidarisch überwunden werden können. Edith Stebler

Zürich

Beratungsstelle für misshandelte Frauen

Der Verein zum Schutz misshandelter Frauen eröffnete Ende November eine erste Beratungsstelle an der Lavaterstrasse 4; jeweils Mittwoch von 15 bis 21 Uhr informieren zwei von insgesamt 15 Frauen über rechtliche und psychologische Fragen. Der Verein wird der Kantons- und Stadtregerung demnächst ein Konzept für den Betrieb eines ganzen Hauses vorlegen. Stadträtin Lieberherr zeigt sich dem Projekt gegenüber wohlwollend.

Marianne Pletschers Gesprächsprotokolle zum Problem der misshandelten Frauen ist unter dem Titel "Weggehen ist nicht so einfach" im Limmat-Verlag erschienen. 108 Seiten, Fr. 10.-

OFRA-Uni: Wer sind wir?

Ein Informationsabend an der Uni über Ziele und Arbeitsmethoden der OFRA - wobei sich die verschiedenen Arbeitsgruppen vorstellen - war gut besucht und brachte eine angelegte Diskussion. Es scheint, dass an der Uni nicht in erster Linie Studentinnenprobleme, sondern ganz allgemein Frauenfragen interessieren. Es wurde beschlossen, sich einmal im Monat regelmässig zum gemeinsamen Mittagessen in der Mensa zu treffen.

"Frauen im Befreiungskampf"

Die Veranstaltung der OFRA-Zürich über die Integration der saharaischen Frau in den Emanzipationskampf eines ganzen Volkes für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit stiess auf lebhaftes Interesse und brachte 160 Franken ein, die dem Unterstützungskomitee für das saharaische Volk überwiesen wurden.

CONDIEM: Beratungsstelle der italienischen Frauen

Nach der Tagung der ausländischen Frauen in der Paulusakademie 1975, an der das Manifest der ausländischen Frauen verabschiedet wurde, sind die Ausländerinnen nicht untätig geblieben. Die Federazione Colonne Libere Italiane (FCLI) (die grösste Massenorganisation der italienischen Emigranten) wählte an ihrem Kongress von 1975 eine Frauenkommission, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die im Manifest aufgestellten Forderungen weiterzuverfolgen und zu deren Realisierung beizutragen.

Um die Situation der italienischen und spanischen Emigrantinnen in der Schweiz genauer zu ergründen, hat die Frauenkommission der FCLI zusammen mit dem Soziologischen Institut der Uni Zürich eine Befragung von über 600 italienischen und spanischen Frauen in der Schweiz durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen zwar noch nicht alle vor, aber schon aus den Erfahrungen der Befragung wurde deutlich, dass bei den Ausländerinnen ein grosses Bedürfnis nach Information in allen möglichen Bereichen besteht. Um diesem Bedürfnis entgegenzukommen hat die Zürcher Frauengruppe der FCLI Anfangs November an der Magnustrasse 10 eine Beratungsstelle eröffnet. Die Beratungsstelle, die zweimal wöchentlich (Mo 14.00 - 18.00 und Fr 18.00 - 21.00) geöffnet ist, wird von den Frauen der FCLI selbst geführt in enger Zusammenarbeit mit schon bestehenden Informationsstellen der Ausländer, und mit Unterstützung fortgeschrittener Ärzte und Juristen, Gewerkschaftern und anderen Frauenorganisationen.

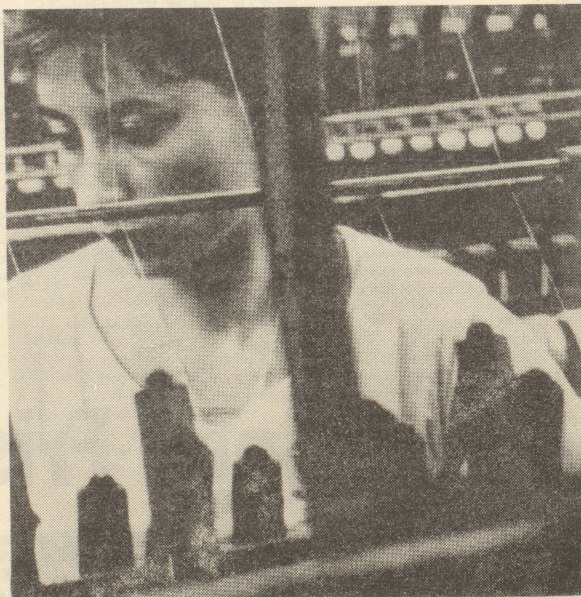
Es zeigt sich schon jetzt, wenige Wochen nach der Eröffnung, dass die Ausländerinnen in der Schweiz mit riesigen Problemen konfrontiert ist, die natürlich nicht allen durch die Beratungsstelle gelöst werden können. Deutlicher denn je wird sich die Notwendigkeit zeigen, dass Schweizerinnen und Ausländerinnen gemeinsam auf allen Ebenen und mit allen Mitteln für die Verbesserung der Situation der Frauen kämpfen und ganz besonders für jene Frauen, die in unserer Gesellschaft 3-fach benachteiligt sind: als Frauen, als Arbeiterinnen und als Ausländerinnen.

Reserve zurück an den Herd

Frauenarbeitslosigkeit:

hr) "Frauenarbeitslosigkeit oder zurück an den Herd!" so heisst ein gerade in der Bundesrepublik bei "rororo aktuell" erschienenen Taschenbuch, das uns Schweizer Frauen sehr viel angeht, weil darin Zahlenmaterial enthalten ist, wie es in der Schweiz dank ihrem chronischen Mangel an statistischem Material nicht zugänglich ist, und weil man davon ausgehen kann, dass die Reservefunktion der Frauen in den entwickelten kapitalistischen Ländern vergleichbar ist. Eindrücklich steht dafür die statistisch nachgewiesene Zahl: zwar ist nur knapp jeder dritte Erwerbstätige, aber jeder zweite Arbeitslose eine Frau. Die Autorin, Herta Däubler-Gmelin, ist als Sozialdemokratin seit 1972 im deutschen Bundestag. Vehement spricht sie sich gegen eine

"positive Diskriminierung" von Frauen aus, die in bestimmten Beschäftigungsprogrammen bestehen könnte, wie sie in der BRD für Behinderte gelten. Mit Recht befürchtet sie einen geschlechtsbezogenen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze, der die über 100 Jahre alten Bemühungen zunichte machen würde, den arbeiten den Männern, und seien sie auch Gewerkschafter, beizubringen, dass dieses Konkurrenzverhalten eine Schwächung der gesamten Arbeiterschaft bedeutet. Zusätzlich glaubt sie, dass damit die leider nicht wegzurenden (nur wegzuhandelnden) weiblichen Defizite zementiert würden wie geringere Qualifikation, anergogene Passivität und schnelle Bereitschaft, den Rückzug anzutreten, wenn der Wind um die Ohren der Berufstätigen allzu scharf weht. Der windstille Hafen Haushalt ist ja für sehr viele Frauen erreichbar.



Teilzeitarbeit ist gerade für Frauen ein wichtiges Kapitel, wobei allerdings ein Maximum an Wachsamkeit geboten ist. Denn: Teilzeitarbeit ist bisher nur in den unteren Bereichen aller zu vergebenden Arbeit möglich, nicht mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden, und: Teilzeitarbeit ist wirtschaftlich gleichbedeutend mit Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Das bedeutet: erst wenn Männer und Frauen gleichermaßen Teilzeitarbeit erhalten können, wird das zu einer echten Neuteilung aller familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Pflichten führen. Frauen werden durch Teilzeitarbeit erst dann nicht mehr diskriminiert, wenn sie auch für qualifizierte Arbeitnehmer attraktiv wird, also mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden ist. Immer wieder wird bei uns versucht, mit Hinweis auf die Passivität der Frauen und ihr mangelndes Interesse an einer qualifizierten Ausbildung diesen die Schuld selber in die Schuhe zu schieben. Dieses Argument wird aber äusserst fadenscheinig, wenn man sich anschaut, wie in anderen Ländern, in Schweden und der DDR zum Beispiel, die Frauen sich die ihnen gebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten zunutze machen. Der Verdacht er-

scheint begründet, dass es interessierte Kreise gibt, denen die Frauen gerade recht sind, so wie sie heute sind: als Reserve, die man beliebig aus Fliessband und an die Schreibmaschine zerrn oder in die Küche schicken kann.

Liebe Leserin,

schon lange leidet die "Emanzipation" unter ständigem Platzmangel. Schreiberinnen, Redaktorinnen und Leserinnen haben dieses Übel immer wieder kritisiert. Dem wollen wir jetzt abhelfen. Im neuen Jahr wird die "Emanzipation" im doppelten Umfang erscheinen. Und erst noch ein neues Gewand bekommen. Wir sind alle gespannt, was Sie zu der Umstellung sagen werden. Die Verdoppelung zwingt uns, auch mit dem Preis etwas zu steigen. Ab 1978 wird "Emi" deshalb Fr. 1.30 kosten und im Abonnement Fr. 13.- Das Unterstützungsabonnement beträgt neu Fr. 20.- und das Solidaritätsabonnement Fr. 25.-. Wir glauben die Verbesserung lohnt sich.

Fortsetzung von S. 1

lange die Frauen in der Schweiz nun schon auf die Verbesserung des Mutterschutzes warten. An der Dezember-Sitzung der Koordination wurde beschlossen, einen Ausschuss aller an der Lancierung der Initiative interessierten Organisationen zu schaffen. Jede Organisation wird bis Ende Dezember ihre Vertreterin bestimmen. Anschliessend wird die Textbereinigung diskutiert. Nach dem Vorliegen des bereinigten Entwurfes haben sich die SP-Frauen drei Monate ausbedungen, bis die Initiative durch die Parteinstanzen geschleust worden ist. Ein weiteres Datum, welches für die Initiative sehr wichtig werden könnte ist die Delegiertenversammlung des BSF, die am 22. April stattfindet und an der die Initiative auf der Traktandenliste steht.

Dampf aufsetzen

Ich hoffe, dass der Satz "Frauen gemeinsam sind stark" in der Lancierung der Mutterschaftsinitiative bestätigt und nicht relativiert wird. Zeigen wir, dass wir fähig sind über die parteiideologischen Differenzen hinweg zu einer gemeinsamen, positiven Aktion zu kommen! Schliessen wir uns zusammen für die gute Sache des Mutterschutzes. Setzen wir Dampf auf! Wir gewinnen alle dabei.

Die Lage der arbeitenden Frauen verbessern!

Von ihren Vorschlägen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden (und arbeitslosen) Frauen hier eine Auswahl der besonders wichtig erscheinenden.

Ausgangspunkt ihrer Vorstellungen ist, dass "sich die Organisationsmängel unserer Gesellschaft nicht weiterhin bei Minderheiten niederschlagen (und dazu gehören auch die Frauen), die diese nicht zu verantworten haben." Denn: "Unsere Gesellschaft braucht an sich alle verfügbare Arbeitskraft".

Aus diesem Grunde hält sie selbst in der BRD, wo bereits heute 91,5% aller Arbeitnehmer 40 Wochenstunden arbeiten, **Arbeitszeitverkürzung** für angebracht, auch wenn nachgewiesen wurde, dass die Beschäftigungswirkung nicht der Verkürzung der Arbeitszeit entspricht. Als Faustregel gilt: Ein Drittel der Arbeitszeitverkürzung wird "aufgefangen" (herauszufinden wo und wie wäre Sache der Gewerkschaft), zwei Drittel werden in Neueinstellungen umgewandelt. Eine **Verlängerung des Jahresurlaubs** würde rechnerisch ebenfalls einen hohen Beschäftigungseffekt haben. Das gleiche gilt für einen tarifvertraglich begründeten **Bildungsurlaub**, der es vor allem den Frauen erlauben würde, ihr Bildungsdefizit aufzuholen und aus der Gefahrenzone der "Ungelernten" herauszukommen.